

Unsere Vision für ein modernes Emsland



Kommunalwahlprogramm 2026 für das Emsland

Europa beginnt vor unserer Haustür. Ob beim Nahverkehr, beim Schutz unserer Daten im Rathaus oder bei Projekten, die durch EU-Fördermittel entstehen – Europa prägt unseren Alltag, oft, ohne dass wir es bemerken.

Als paneuropäische Partei denkt Volt über Grenzen hinaus und handelt vor Ort: Wir bringen Europas beste Ideen nach Niedersachsen und ins Emsland, um die Lebensqualität für alle Menschen zu verbessern.

Wir übernehmen Verantwortung, machen Politik mit Weitblick und gestalten unsere Städte und Gemeinden zukunftsfest – sozial, ökologisch, gerecht, digital und demokratisch stark.

Wir stehen für nachhaltige Entwicklung, langfristige Lösungen und für eine Gesellschaft, die zusammenhält, damit niemand zurückbleibt.

Volt steht für eine Politik, die eint statt spaltet, Innovation statt Stillstand und Transparenz statt Entscheidungen hinter verschlossenen Türen.

Niedersachsen und das Emsland sollen ein Vorbild für eine faire, offene und fortschrittliche Gesellschaft werden.

Inhaltsverzeichnis

1	Mobilität.....	4
1.1	Stärkung der öffentlichen Verkehrsmittel	4
1.2	Autofreie Innenstädte und Fußgängerzonen fördern.....	5
1.3	Tarifsysteme im Nahverkehr vereinfachen.....	5
1.4	Radverkehr	6
1.5	Straßenverkehr	7
1.6	Ladeinfrastruktur für Elektroautos ausbauen	8
2	Nachhaltigkeit und Stadtplanung.....	10
2.1	Bezahlbaren Wohnraum schaffen	10
2.2	Energiewirtschaft.....	11
2.3	Abfallmanagement	12
2.4	Nachverdichtung	13
2.5	Zukunftsfeste Landwirtschaft.....	13
2.6	Handwerk und produzierendes Gewerbe stärken.....	14
2.7	Gründung im ländlichen Raum stärken.....	15
2.8	Gewerbeummeldung	16
2.9	Altersgerechte, barrierearme Stadtplanung	17
2.10	Den Kern zurück in den Ort holen.....	17
2.11	Räume für die Zukunft schaffen.....	18
2.12	Europäische Förderprogramme.....	19
3	Gemeinschaft und Gleichberechtigung	21
3.1	Sicherheit und Ordnung stärken.....	21
3.2	Gesundheitsversorgung vor Ort sichern	22
3.3	Bürgerbeteiligung	23
3.4	Kinderfreundliches Emsland.....	24
3.5	Inklusion, Integration und gesellschaftliche Teilhabe	25
3.6	In Würde altern	26
4	Bildung, Kultur und Sport.....	27
4.1	Moderne Schule	27
4.2	Förderung von Kultur und Ehrenamt.....	29
4.3	Bewegung, Begegnung und Lebensqualität	29
5	Digitalisierung	30
5.1	Digitale Transformation	30
5.2	Funktionsfähige Schul-IT gewährleisten	31
5.3	Einführung eines Rats-Informationssystem	32

1 Mobilität

1.1 Stärkung der öffentlichen Verkehrsmittel

Der Klimawandel stellt auch das Emsland vor die dringende Aufgabe, den Verkehr neu zu denken. Eine zukunftsfähige Mobilität setzt daher klar auf öffentliche Verkehrsmittel, die überall, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land, bequem nutzbar sind. Nur wenn Bus, Bahn und flexible Sharing-Angebote verlässlich, bezahlbar und flächendeckend erreichbar sind, können wir Emissionen effektiv senken und gleichzeitig die soziale Teilhabe stärken.

- **Öffentlichen Nahverkehr ausweiten und stabilisieren:** Wir erhöhen die Taktzeiten, verlängern die Betriebszeiten und sorgen für eine flächendeckende Versorgung mit Angeboten des ÖPNV. Zugleich soll der ÖPNV zuverlässiger werden. Projekte zur Weiterentwicklung betrachten wir ganzheitlich unter Gesichtspunkten der Stadtplanung und der Mobilität.
- **Digitalisierung des ÖPNVs vorantreiben:** Durch Live-Tracking und Hotspots gestalten wir den ÖPNV kundenorientierter. Zugleich wird so die bedarfsgerechte Steuerung von On-Demand-Verkehren auch abseits zuverlässiger Linienverkehre digital möglich. Die Erhebung der Bedarfsdaten kann zusätzlich die Linienverkehre verbessern.
- **Infrastruktur reaktivieren und ausbauen:** Wir setzen uns für die Reaktivierung bestehender Bahnstrecken mit schienengebundenem Nahverkehr, u.a. der Strecken von Meppen nach Essen (Old.) und von Rheine nach Spelle, ein. Zusätzlich prüfen wir zur Stärkung des ÖPNV im Landkreis Emsland den Ausbau des Busverkehrs.
- **Landkreisübergreifende Vernetzung verbessern:** Durch die Einführung neuer Buslinien in umliegende Landkreise binden wir den ländlichen Raum besser an den ÖPNV an und erschließen neue Pendelmöglichkeiten.
- **Barrierefreiheit stärken:** Der barrierearme Ausbau der Haltestellen macht Bus und Bahn für alle Menschen zugänglich.

Wo es schon klappt

RB56 (Bad Bentheim - Neuenhaus): Eine Güterstrecke wurde für Regionalzüge reaktiviert.

Freiburg: Stadtentwicklung, Straßenbahn und Fahrradstraßen wird als Gesamtprojekt begriffen.

Frankfurt, Wiesbaden: Busse werden mit Dashcams ausgestattet, um Busspuren und Haltestellen freizuhalten.

1.2 Autofreie Innenstädte und Fußgängerzonen fördern

Seit Jahrzehnten dominiert das Auto unser Stadtbild. Die Folgen sind verstopfte Straßen, Emissionen und verlorener Lebensraum. Damit die Gemeinde Sögel und die Städte Lingen, Meppen, Papenburg, Haselünne und Werlte wieder den Menschen gehören, werden wir mit einer intelligenten Verkehrspolitik die Lebensqualität für alle verbessern.

- **Fußgängerzonen in Innenstädten errichten und ausweiten:** Je weniger Fahrzeuge in Innenstädten parken, desto mehr Platz entsteht für Fußgänger*innen und lokale Gewerbetreibende. Zudem werden Abgasemissionen vermieden und Menschen haben mehr Begegnungsmöglichkeiten.
- **Attraktive Stellplätze außerhalb des Stadtzentrums schaffen:** Wir fördern Parkplätze außerhalb des Stadtzentrums, sowie die Umwidmung kostenloser Parkplätze, um den Platzbedarf der Fahrzeuge zu reduzieren. Anwohner sollen bevorzugt einen Stellplatz zu attraktiven Konditionen in den Parkhäusern erhalten. Ebenso soll es für Gewerbetreibende erlaubt sein, ihre Lieferungen per Fahrzeug durchzuführen.
- **Verbindungen in den Städten schaffen:** Wir wollen durch Busverbindungen, die in regelmäßigen Abständen fahren, mit Rufbussen und -Taxen, sowie durch das Anbieten von Leihrädern und Leih-E-Scooter eine sinnvolle Alternative zum Auto in den Innenstädten schaffen.

Wo es schon klappt

Lüneburg In Lüneburg wurde bereits im Jahr 1994 eine autofreie Fußgängerzone eingerichtet.

Jungfernstieg in Hamburg: Während der Umgestaltung des Jungfernstiegs wurden Rad- und Fußgängerwege getrennt, eine Einbahnstraße für Autos eingerichtet und Flächen für die Gastronomie aufgewertet.

1.3 Tarifsysteme im Nahverkehr vereinfachen

Das Deutschlandticket hat vielerorts die Tarife bereits massiv vereinfacht. Jedoch gilt das bisher nur für DauerpPENDLER und nicht für Personen, die den Nahverkehr nur gelegentlich verwenden. Insbesondere für Personen in Randregionen von Verkehrsverbünden ist das TarifsysteM meist komplex und teuer.

- **Tarifstrukturen vereinfachen und integrieren:** Bestehende Tarifstrukturen vereinfachen wir, um die Verständlichkeit der Tarife zu erhöhen.

- **Ermäßigte Deutschlandtickets einführen:** Auszubildende, Schüler*innen und Student*innen sollen zu attraktiveren Konditionen ein Deutschlandticket erhalten, um die Bildungsgerechtigkeit zu stärken.
- **Mobilitätscard einführen:** Die Mobilitätscard ist eine Karte für alles und damit unabhängig vom Fortbewegungsmittel. Es gilt in Bus, Bahn, Rufbus, Fähre oder beim Bikesharing etc.
- **Kontaktloses Zahlen ermöglichen:** Wir führen die Technik zum einfachen Bezahlen der Fahrkarten („Tap to Pay“) mit normalen Bankkarten, NFC-fähigen Mobiltelefonen und Prepaid-Karten im Verkehrsmittel ein. Eine automatische Berechnung des bestmöglichen Tarifes wird so immer gewährleistet. Prepaid Karten sollen als Alternative zur klassischen Fahrkarte dienen.

Wo es schon klappt

Hamburg: Die Stadt stellt ein kostenloses Deutschlandticket für Schüler*innen und einen Zuschuss für Auszubildende in der Höhe von 23,20€ zur Verfügung. Zusätzlich umfasst die HVV Switch App Information zu On-Demand-Verkehren, dem ÖPNV, Leihrädern und E-Scootern.

Oldenburg: Kostenloses Busfahren ist seit 2025 an allen Samstagen möglich.

Niederlande: Landesweit stehen Prepaidkarten und Tap to Pay in allen öffentlichen Verkehrsmitteln zur Verfügung (OVpay / OV-Chipkaart). Je nach Präferenz kommt ein Guthaben- oder ein Abomodell zur Anwendung.

Tokio: Zwei Ticketsysteme - Suica und Pasma - sind vorhanden, welche regional und bei fast allen Betreibern nutzbar sind. Die Abrechnung erfolgt nach gefahrener Distanz.

1.4 Radverkehr

Das Emsland braucht sichere und attraktive Wege für den Radverkehr. Noch immer dominiert das Auto viele Straßen, während Radfahrende oft nicht genug Platz haben. Dabei bietet das Fahrrad eine echte Chance: Leise und klimafreundlich stärkt es die Gesundheit und Gemeinschaft. Wer mit dem Rad fährt, erlebt die Stadt.

- **Straßen und Radwege baulich trennen:** Eine bauliche Trennung verringert die Kollisionsgefahr zwischen Fahrrädern und Fahrzeugen. So ermöglichen wir mehr Menschen einen sicheren Umstieg auf das Rad.
- **Kreuzungen schützen:** Kreuzungen bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. Dabei erhält der Radverkehr Priorität, um Radfahrenden eine sichere Überquerung der Fahrbahn zu ermöglichen.
- **Durchgehende Radwege aufbauen:** Eine konsequente dauerhafte Trennung der Verkehrsmittel ist notwendig, um Konflikte zwischen Verkehrsteilnehmern zu verhindern.

- **Ein Bikesharesystem einrichten:** Ein Bikesharesystem ermöglicht eine schnelle und unkomplizierte Fahrradnutzung.
- **Radschnellwege ausbauen:** Radschnellwege ermöglichen es, auch längere Strecken mit dem Rad in der Region einfach und klimafreundlich zurückzulegen.

Wo es schon klappt

Nordhorn: Die Stadt ist wiederholt zertifiziert als „Fahrradfreundliche Kommune Niedersachsen“. Dies ist begründet durch eine gut ausgebaute Radinfrastruktur, die ein dichtes Netz an Radwegen, sichere Abstellanlagen und eine gleichberechtigte Verkehrsplanung umfasst.

Freiburg im Breisgau: Hier ist das Fahrrad die Nummer eins bei den verwendeten Verkehrsmitteln. Es gibt ein gut ausgebautes Netz von Radwegen. Zusätzlich wird ein starker Ausbau von Schnellradwegen ins Umland realisiert. Zudem existiert ein Bikesharing-Netz, welches stetig erweitert wird.

Kopenhagen: Hier wurde an vielen Stellen eine Trennung der Verkehrsteilnehmer umgesetzt. Dabei wurden eigene Haltespuren vor Kreuzungen sowie Fahrradbrücken/-tunnel errichtet oder Ampelschaltungen versetzt gestaltet.

Niederlande: Hier ist die bauliche Trennung zwischen den Verkehrsteilnehmenden konsequent umgesetzt worden. Außerdem werden Schnellradwege gebaut, die eine einfache Mitnahme der Räder in öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglichen.

1.5 Straßenverkehr

Kommunal wie landesweit werden über 50% aller Wege mit dem Auto zurückgelegt. Das hat Konsequenzen für die Umwelt, die öffentlichen Ausgaben für die Straßenerhaltung und für andere Verkehrsteilnehmende wie Radfahrende oder Fußgänger*innen. Alle konkurrieren um den knappen Platz. Dabei bleibt das Auto meist 23 Stunden am Tag ungenutzt.

- **Den Verkehr auf den ÖPNV ausrichten:** Wir verfolgen damit das Ziel, die Anzahl der Fahrzeuge zu verringern und mehr Platz für andere Verkehrsteilnehmende zu schaffen.
- **Individualverkehr und ÖPNV besser verzahnen:** Ein einfacher Umstieg zwischen Individualverkehr und den öffentlichen Verkehrsmitteln sorgt für eine bessere Verzahnung. Beispielsweise kann dies durch Park & Ride Plätze, Radboxen oder intelligente und attraktive Tarife (z.B. Parkgebühr inkl. ÖPNV-Ticket) geschehen.
- **„15-Minuten-Stadt“ umsetzen:** Alle wichtigen Orte im Emsland wie Wohnung, Arbeit, Einkaufsmöglichkeiten und medizinische Einrichtungen sollten innerhalb von 15 Minuten zu Fuß oder per Rad erreichbar sein.

- **Carsharingangebote stärken:** Der Aufbau von Carsharingangeboten soll mit der Unterstützung der lokalen Akteure wie Vereine, Unternehmer und Kommunen erfolgen und mit den bestehenden Nahverkehrsangeboten verknüpft werden. So wird die Anzahl an privaten Fahrzeugen reduziert und mehr öffentlicher Platz für soziale Treffpunkte geschaffen.
- **Sichere Wege für Mensch und Tier:** Durch Straßen und Bahnlinien werden die natürlichen Wege für wandernde Wildtiere durchschnitten. Dies sorgt immer wieder für Unfälle und Probleme bei der Tierwanderung. Aus diesem Grund werden wir eine Untersuchung einleiten, inwiefern durch Autobahnen, Bundesstraßen und Bahnlinien Wanderrouten zerschnitten werden. Wir werden uns dafür einsetzen, an diesen Stellen Grünbrücken anzulegen. Gleichzeitig werden wir bei Neubauten von Straßen und Bahnlinien auf Wanderrouten prüfen und gegebenenfalls Grünbrücken und Übergänge anlegen.

Wo es schon klappt

Weimar: In Weimar wurde bereits durch eine kompakte Bebauung der Stadt und die gute Verzahnung der öffentlichen Verkehrsmittel eine gute Verkehrsinfrastruktur eingerichtet. Außerdem sind alle wichtigen Orte des täglichen Bedarfs innerhalb von 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Rad zu erreichen.

Mecklenburg-Vorpommern: Hier wird großflächig für Querungshilfen für Tiere gesorgt.

1.6 Ladeinfrastruktur für Elektroautos ausbauen

Die Mobilität von morgen erfordert es, Emissionen in allen Bereichen zu verringern, insbesondere im Bereich des Verkehrs. Hier ist es unumgänglich, auf erneuerbare Energieträger umzusteigen. Doch fehlen oft Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge, insbesondere in der Nähe von Mietwohnungen.

- **Lademöglichkeiten ausweiten:** Auf öffentlichem Grund sorgen wir für den Ausbau, um den Umstieg auf ein Elektroauto für die lokale Bevölkerung zu erleichtern.
- **Lokale Batteriespeicher aufbauen:** Batteriespeicher entlasten und stabilisieren das lokale Stromnetz in Quartieren und in gewerblichen Bereichen und sollen daher eingerichtet werden.
- **Ladesäulen bei Bauvorhaben einplanen:** Beim Bau neuer Gebäude sollen immer Ladesäulen vorgesehen werden. Denn Ladeinfrastruktur soll Teil des Planes ab Projektbeginn sein.

Wo es schon klappt

Hannover: Im Projekt H-stromert wurden auf öffentlichen Parkplätzen Ladesäulen installiert

Berlin: Im Projekt WELMO werden Fördermittel für die Errichtung von Ladeinfrastruktur in öffentlichen und nicht-öffentlich zugänglichen Gebieten von Wohnungsunternehmen bereitgestellt. Dies schließt die Förderung des Netzanschlusses und die Grundinstallation ein.

2 Nachhaltigkeit und Stadtplanung

2.1 Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Wohnen ist ein Menschenrecht, kein Spekulationsobjekt. Deshalb brauchen wir geeignete Mittel, um Wohnraum verfügbar und Mieten bezahlbar zu halten. Damit setzen wir uns für eine lebendiges Emsland ein, wo alle ein gutes Zuhause finden.

- **Kommunalen Wohnungsbau stärken:** Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften werden gestärkt. Sie schaffen Wohnungen, die dauerhaft günstig bleiben und dem Gemeinwohl dienen.
- **Aktive Bodenpolitik betreiben:** Mit Erbbaurechten, Vorkaufsrechten und kommunalen Grundstücksankäufen sichern wir Boden für bezahlbaren Wohnraum und verhindern Bodenspekulation. Flächenreserven werden gezielt für gemeinwohlorientierte Projekte genutzt.
- **Sozial gerechtes Bauen vorantreiben:** Bei jedem öffentlichen Wohnbauprojekt werden mindestens 40% der Wohnungen als Sozialwohnungen oder preisgedämpfter Wohnraum entstehen. So bleibt Wohnen auch für Normalverdienende bezahlbar.
- **Bestehende Potenziale besser nutzen:** Ferienwohnungsplattformen wie AirBnB werden durch konsequente Zweckentfremdungssatzungen eingeschränkt. Zusätzlich gibt es ein konsequentes Leerstandsmanagement mit verbindlichen Meldepflichten und möglichen Sanktionen. Leerstehende Büro- und Gewerbeflächen werden zu Wohnraum umgewidmet.
- **Bauflächen für Wohnraum ausschöpfen:** Örtliche Stellplatzsatzungen werden flexibler gestaltet. Das führt zu weniger Pflichtstellplätze pro Wohnung dort, wo gute Mobilitätsangebote vorhanden sind. So entstehen mehr Wohnungen auf gleicher Fläche und zu günstigeren Preisen.
- **Platzsparend bauen:** Wir setzen auf Nachverdichtung, Aufstockungen und die Nutzung innerörtlicher Brachflächen wie z. B. alte inaktive Industrieanlagen. So entsteht neuer Wohnraum ohne zusätzlichen Flächenverbrauch.
- **Gemeinsam mit starken Partnern handeln:** Genossenschaften, kirchliche Träger, Stiftungen und Bürgerprojekte werden bei Wohnbauprojekten aktiv eingebunden. Denn Wohnen ist ein Gemeinschaftsprojekt.
- **Besser bauen statt teuer verkaufen:** Städtische Grundstücke sollen nicht mehr an den Meistbietenden gehen, sondern an die mit den besten sozialen und ökologischen Konzepten. So entsteht lebendiger, bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum.

- **Housing First Strategie umsetzen:** Um Obdachlosigkeit zu bekämpfen, werden Bedürftige zuerst zurück in eine eigene Wohnung gebracht. So werden sie nachhaltig dabei unterstützt, wieder in ein geregeltes, eigenständiges Leben zurückzufinden.

Wo es schon klappt

Wien, Österreich: Die Hälfte der Wiener*innen wohnt in kommunalen oder kommunal geförderten Wohnungen. Dadurch bleiben die Mieten dauerhaft günstig.

Finnland: Finnland setzt seit 2008 die Housing First Strategie mit einem einheitlichen Plan um. Dadurch konnte bis 2022 die Langzeitobdachlosigkeit um 68% gesenkt und jährlich pro Person mindestens 15.000 € an Folgekosten gespart werden.

2.2 Energiewirtschaft

Die Energiewende findet auch im Emsland statt. Sie ist dezentral, erneuerbar und sozial gerecht zu gestalten. Durch die lokale Produktion, Nutzung und Speicherung können die Anwohnenden von den erneuerbaren Energien profitieren. Damit können regionale Wertschöpfung und soziale Teilhabe verknüpft werden. Wir streben eine vollständig erneuerbare Energieversorgung an, die Klima und Menschen schützt und unsere Kommunen widerstandsfähig macht.

- **Wind- und Solarflächen ausweisen:** Dies ermöglicht es, weitere erneuerbare Leistung zuzubauen. Hiervon profitiert die Allgemeinheit in erheblichem Maße.
- **Flächen für Photovoltaik nutzen:** Bereits versiegelte Flächen sollen für PV-Anlagen genutzt werden. Dafür kommen Dächer z. B. auf öffentlichen Liegenschaften und die Überdachung von Parkplätzen in Frage.
- **Erneuerbare Wärme nutzen:** Dafür wird eine kommunale Wärmeplanung, die vorhandene wie notwendige neue Infrastruktur (z. B. Biogas, Abwärme, Geothermie, Wärmepumpen, BHKW, etc.) berücksichtigt, erarbeitet.
- **Energetische Sanierungen fördern:** Unternehmen und private Haushalte werden bei Sanierungen unterstützt. So stärken wir die Energieeffizienz.
- **Energienetze und Infrastruktur modernisieren:** Die lokalen Netze werden digitalisiert und an die neuen Anforderungen der Energiewende angepasst.
- **Beratung und Informationskampagnen durchführen:** Diese unterstützen Bürger*innen bei der Umstellung der Energiesysteme.

Wo es schon klappt

Feldheim in Treuenbrietzen: Im Ortsteil Feldheim der brandenburgischen Stadt Treuenbrietzen wurde ein Gesamtkonzept für eine dezentrale regenerative Energieversorgung von Unternehmen, Privathaushalten und Kommunen verwirklicht. So wurde eine autarke Energieversorgung etabliert.

2.3 Abfallmanagement

Wir bevorzugen Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfgesellschaft. Das Abfallmanagement wollen wir neu denken: progressiv, transparent, nachhaltig. Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen erfordert einen radikalen Kurswechsel in der Abfallpolitik. Wir setzen auf eine intelligente Kreislaufwirtschaft, die Ressourcen schont, soziale Gerechtigkeit fördert und Abfall vermeidet.

- **Ressourcen schonen:** Durch konsequente Abfallvermeidung und Recycling verringern wir den Ressourcenverbrauch.
- **Eine Müllvermeidungsstrategie entwickeln:** Wir erarbeiten eine umfassende kommunale Müllvermeidungsstrategie, um das Emsland zur Vorreiterin im Umweltschutz zu machen.
- **Mehrweg bevorzugen:** Bei öffentlichen Veranstaltungen sollen Mehrweg statt Einwegverpackungen genutzt werden. Außerdem unterstützen wir die lokale Gastronomie bei der Umstellung auf standardisierte Mehrwegsyste-me.
- **Pfandsammlung erleichtern:** Durch die Installation von Flaschenablagen an öffentlichen Mülleimern erleichtern wir die Sammlung von Pfandflaschen im öffentlichen Raum. Dies schützt die Würde der Sammelnden und verhindert, dass wertvolle Rohstoffe im Restmüll landen.
- **Bioabfalloffensive durchführen:** Bioabfall ist viel zu wertvoll für die Tonne. Wir investieren in moderne Vergärungsanlagen, um organische Abfälle in hochwertigen Kompost und grüne Energie umzuwandeln.
- **Bürgerbeteiligung fördern:** Durch verstärkte Dialoge mit den Bürgern zum Thema der Kreislaufwirtschaft fördern wir die Bürgerbeteiligung, um diese aktiv in die Gestaltung der "Zero-Waste"-Strategie einzubinden.

Wo es schon klappt

Berlin: Mit der Initiative „Zero Waste Berlin“ sollen Bürger*innen über eine umfängliche und richtige Mülltrennung informiert und gemeinsam mit dem Quartiersmanagement sowie Anwohnern die Müllvermeidung vorangebracht werden.

2.4 Nachverdichtung

Da neue Flächen knapp sind und Versiegelung vermieden werden soll, sind kluge Konzepte wie die Nachverdichtung von bestehenden Quartieren notwendig. Unser Ziel ist es, mehr Wohnraum zu schaffen, ohne Lebensqualität einzubüßen. Notwendig hierbei ist eine ökologische, gerechte und nachhaltige Stadtgestaltung. Dabei nehmen wir die Sorgen der Anwohnenden ernst und setzen auf Transparenz, Beteiligung und gemeinsames Gestalten. Auf diese Weise entsteht eine Stadt, die zusammenwächst und niemanden zurücklässt.

- **Nachverdichtung bevorzugen:** Vor allem soll dieser Vorrang vor Neubau haben, da dadurch keine neuen, unbebauten Flächen versiegelt werden.
- **Bestandssanierungen priorisieren:** Statt Abriss und Neubau soll vorzugsweise im Bestand saniert werden, um Ressourcen wie Beton, Stahl und Glas zu sparen.
- **Bestehende Wohngebäude aufstocken:** Um Wohnraum zu schaffen, ohne neue Flächen versiegeln zu müssen, sollen bevorzugt Aufbauten auf bestehenden Wohngebäuden vorgenommen werden. Außerdem wird bereits vorhandene Infrastruktur wie Versorgungsleitung genutzt.
- **Innenstädte entwickeln:** Wir konzentrieren uns auf die Weiterentwicklung des Bestehenden, statt auf der „grünen Wiese“ zu bauen. So werden Wege kurzgehalten und der soziale Austausch der Menschen vor Ort gestärkt. Dies stellt eine effektive Maßnahme gegen die Verödung von Innenstädten dar.
- **Umwandlung von leerstehenden Gewerbeimmobilien zu Wohngebäuden:** Dadurch kann mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Die Genehmigungsverfahren für diese Umwandlung werden beschleunigt und flexibel und unkompliziert gestaltet, um Kosten und Realisierungszeiten klein zu halten.

Wo es schon klappt

Hannover: In der Südvorstadt wurde nachverdichtet, indem das Gelände einer alten Unfallklinik mit Schwesternwohnheim zu Unterkünften für Studierende und Geflüchtete umgebaut wurde.

2.5 Zukunfts feste Landwirtschaft

Die landwirtschaftlichen Betriebe unserer Region stehen vor großen Herausforderungen: Gesellschaft, Einzelhandel und Politik haben hohe Erwartungen hinsichtlich Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Tierwohl. Gleichzeitig muss die Landwirtschaft sich an den Klimawandel anpassen. Wir setzen uns für eine nachhaltige und zukunfts-feste Landwirtschaft ein.

- **Landwirt*innen unterstützen:** Wir begrüßen Innovationen und Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen und klimasichereren Landwirtschaft beitragen (z.B. Agri-PV, Agroforstsysteme). Dabei verringern wir unnötige bürokratische Hürden und schaffen effizientere Prozesse bei der Beantragung und Bearbeitung von Bauanträgen.
- **Dialoge führen:** Unter anderem bei Stallbauvorhaben kann es zu Konflikten zwischen Landwirt*innen und Anwohner*innen kommen. Durch eine transparente und offene Kommunikation und die Initiierung von Dialogformaten (z.B. Dorfmoderation, runde Tische) werden wir Konflikte entschärfen und ein besseres Verständnis zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft erreichen.

Wo es schon klappt

Aachen: Die Stadtverwaltung hat 2021 den „Runden Tisch Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung“ ins Leben gerufen, durch den wirtschaftlich tragfähige Maßnahmen zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen erarbeitet werden.

2.6 Handwerk und produzierendes Gewerbe stärken

Lokales Handwerk und Gewerbe stehen aufgrund von Flächenknappheit, steigenden Preisen und einem großen Innovationsbedarf vor Herausforderungen. Wir stärken Handwerk und Gewerbe, indem wir proaktiv innovative Strategien entwickeln. Dabei ist vor allem entscheidend, dass moderne und flexible Gewerbeflächen verfügbar sind.

- **Moderne Infrastruktur bereitstellen:** Diese umfasst Werkstätten, Büros und Gemeinschaftsflächen, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden. Dies ermöglicht Betrieben, ihre Betriebskosten zu senken und von geteilten Ressourcen zu profitieren.
- **Nachhaltigkeit mitdenken:** Bei der Entwicklung von Gewerbeflächen denken wir umweltfreundliche Technologien und Konzepte wie Photovoltaik, E-Ladesäulen und Regenwassernutzung mit. Dies trägt zum Klimaschutz bei und fördert eine nachhaltige Stadtentwicklung.
- **Regionale Bedarfe ermitteln:** Kontinuierlich werden regionale Bedarfe an Gewerbeflächen und spezifische Infrastruktur analysiert. Auf dieser Basis entwickeln wir passgenaue Angebote. Dies gewährleistet, dass die Maßnahmen den tatsächlichen Bedürfnissen der lokalen Wirtschaft entsprechen.

Wo es schon klappt

Leer (Niedersachsen): Beim Projekt „Smart Handwerk“ kooperiert die LeeWerk-WISA GmbH mit dem Digital Hub Ostfriesland, um Schüler*innen Einblicke in traditionelle und moderne Handwerkskunst zu geben.

Gauting (Bayern): In den Handwerkerhof „An den Holzwiesen“ sind bis Sommer 2024 sieben lokale Betriebe umgezogen. Dies bündelt Handwerksbetriebe und sichert ihnen moderne Betriebsstätten in der Gemeinde.

Amsterdam: „De Ceuvel“ ist eine ehemalige Schiffswerft, die in ein kreatives Labor umgewandelt wurde. Hier dienen Wohnboote als Büros für junge Unternehmen. Das Projekt legt einen starken Fokus auf Nachhaltigkeit und zirkuläres Bauen.

2.7 Gründung im ländlichen Raum stärken

Der ländliche Raum bietet einzigartige Chancen für Gründer*innen, steht jedoch auch vor spezifischen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel und fehlender Infrastruktur. Eine gezielte Förderung von Gründungen kann dazu beitragen, die Daseinsvorsorge zu sichern, die lokale Wirtschaft zu stärken und attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

- **Demografischem Wandel entgegenwirken:** Wir schaffen attraktive Wohn- und Arbeitsbedingungen, die sowohl junge Familien als auch Senioren ansprechen. Angebote zur Integration von Zuwanderern tragen ebenfalls zur Fachkräftesicherung und zur Vielfalt der Gründerszene bei, die für Innovationen unerlässlich ist.
- **Infrastruktur modernisieren:** Für erfolgreiche Gründungen ist es notwendig, die physische und digitale Infrastruktur anzupassen und zu modernisieren. Dazu fördern wir die Verkehrsanbindungen, Hochwasserschutzmaßnahmen und besonders die flächendeckende Digitalisierung. Letztere ist von entscheidender Bedeutung, um digitale Geschäftsmodelle im ländlichen Raum zu ermöglichen.

Wo es schon klappt

Osnabrück und Schöppenstedt (Niedersachsen): „Seedhouse Osnabrück“ und „Lab4Land Schöppenstedt“ bieten jungen Start-Ups umfassende Unterstützung bei allen Bereichen von Gründungen, von der Ideenfindung bis zur Marktreife. Sie dienen als wichtige Anlaufstellen, um Gründungen im ländlichen Raum zu fördern und zu vernetzen.

Mannheim: Das Startup „Yobst“ entwickelt innovative Lösungen für die Nahversorgung im ländlichen Raum, indem es smarte 24/7-Läden in umfunktionierten Überseecontainern etabliert. Dies sichert die Grundversorgung und schafft neue Vertriebswege für regionale Produkte.

Hermagor (Österreich): In den Karnischen Werkstätten in Österreich werden durch eine Gründerwerkstatt und ein SmartLab Innovation und Unternehmertum im ländlichen Raum gefördert. Sie schaffen Arbeitsplätze und machen die Region durch Bildungsangebote attraktiver.

2.8 Gewerbeummeldung

Die Verlegung eines Gewerbes in eine andere Gemeinde stellt Unternehmen oft vor unnötige bürokratische Hürden, da eine Abmeldung am alten und eine Neuanmeldung am neuen Standort erforderlich sind. Diese redundanten Prozesse belasten die Wirtschaft und stehen im Widerspruch zu den Zielen einer modernen, bürgerfreundlichen Verwaltung. Eine konsequente Digitalisierung und die Umsetzung des Once-Only-Prinzips sind wichtig, um diesen Aufwand zu minimieren, die Effizienz der Verwaltung zu steigern und die Attraktivität unserer Gemeinde als Wirtschaftsstandort zu erhöhen.

- **Gewerbeummeldung digitalisieren:** Die Gewerbeummeldung wird vollständig digital abgewickelt, sodass Gewerbetreibende den Prozess komplett online durchführen können. Dafür richten wir benutzerfreundliche Online-Portale ein und integrieren diese in bestehende E-Government-Lösungen.
- **Once-Only-Prinzip umsetzen:** Wir setzen das Once-Only-Prinzip um. Hierbei müssen bei der Verwaltung vorhandene Daten bei einem Umzug nicht erneut eingereicht werden. Hierfür sind eine verbesserte Datenaustauschbarkeit und der sichere Austausch zwischen den Gewerbeämtern notwendig.
- **Interkommunale Zusammenarbeit stärken:** Die Gemeinde arbeitet mit anderen Kommunen zusammen und setzt sich auf Landesebene dafür ein, gemeinsame IT-Lösungen und Standards für die Gewerbeverwaltung zu entwickeln. Dies reduziert den Entwicklungsaufwand für einzelne Gemeinden und beschleunigt die Digitalisierung.
- **Ansprechpartner vereinheitlichen:** Der Service des Einheitlichen Ansprechpartners (EA) wird als zentrale Lotsenstelle für Unternehmen bei Verwaltungsfragen, einschließlich der Gewerbeummeldung, weiter ausgebaut und beworben. Der EA soll umfassend über die Prozesse informieren und bei der digitalen Abwicklung unterstützen.
- **Rechtliche Anpassungen auf Bundesebene einfordern:** Die Gemeinde setzt sich über ihre kommunalen Spitzenverbände dafür ein, dass die Gewerbeordnung so angepasst wird, dass bei einem Umzug in eine andere Gemeinde eine „echte Ummeldung“ statt einer Ab- und Neuanmeldung möglich wird, um die Bürokratie nachhaltig zu reduzieren.

Wo es schon klappt

München: Ab dem 1. November 2025 ist in München bei einem Umzug eines Gewerbes in eine andere Gemeinde nur noch eine Anmeldung am neuen Standort erforderlich. Die neue Behörde übermittelt die Daten automatisch an die Behörde des bisherigen Standorts.

Nordrhein-Westfalen: Das „Wirtschafts-Service-Portal.NRW“ ermöglicht die digitale An-, Um- und Abmeldung von Gewerben. Es nutzt BOT-Technologie zur Antragsassistenten und erlaubt die elektronische Zahlung, was den Prozess medienbruchfrei gestaltet.

2.9 Altersgerechte, barrierearme Stadtplanung

In einer alternden Gesellschaft entscheidet die Gestaltung unserer Städte darüber, ob Teilhabe, Selbstständigkeit und Würde bis ins hohe Alter oder mit Einschränkungen möglich bleiben. Barrierearme Wege, gut erreichbare Dienstleistungen und sichere öffentliche Räume kommen dabei nicht nur älteren und eingeschränkten Menschen zugute, sondern stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt.

- **Mobilität barrierearm gestalten:** Mobilität muss durch sichere, gut ausgebauten Wege, zugängliche Haltestellen und einen öffentlichen Nahverkehr gewährleistet werden, der von allen Menschen selbstständig und barrierearm genutzt werden kann.
- **Altersgerechten Wohnraum erweitern:** Wir achten darauf, dass Bebauungspläne verstärkt altersgerechtes Wohnen berücksichtigen.
- **Altersgerechtes Wohnen und lebendige Quartiere fördern:** Die Förderung barrierefreier, bezahlbarer Wohnungen und Mehrgenerationenhäuser ermöglicht mehr Menschen ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden. Quartiersmanagements bündeln soziale, pflegerische und medizinische Angebote vor Ort und schaffen Begegnungsräume.
- **Den öffentlichen Raum altersgerecht gestalten:** Wir setzen uns für akustische und visuelle Leitsysteme für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen ein. Zusätzlich sollten Beschilderungen gut lesbar sein.
- **Altersgerechte Gesundheits- und Daseinsvorsorge sichern:** Pflege- und Gesundheitslotsen werden in den Orten unter Einbindung der öffentlichen Gesundheitsträger eingesetzt. Das stärkt die Versorgung im Alter.
- **Kreistagsbeschlüsse prüfen:** Beschlüsse sollen grundsätzlich auf ihre Auswirkungen auf Barrierefreiheit geprüft werden, insbesondere bei öffentlichen Bauvorhaben sowie bei der Verkehrs- und Infrastrukturplanung.

2.10 Den Kern zurück in den Ort holen

Fehlende lokale Angebote in den Dörfern und Städten führen dazu, dass sich viele Menschen im Emsland abgehängt und ungehört fühlen. Wir möchten das mit neuen Ortskernen ändern, indem verschiedene Bedürfnisse gebündelt und über eine gemeinsame Infrastruktur bereitgestellt werden.

- **Kommunal aktiv werden:** Die Gemeinde soll aktiv werden und den neuen Dorfkern vorantreiben. Wir schaffen wieder einen attraktiven Ortskern, indem wir Förderprogramme nutzen
- **Kerngeschäft fördern:** Als Basis für alle Aktivitäten dient ein Kerngeschäft wie z.B. ein Lebensmittelgeschäft.
- **Dienstleistungen ansiedeln:** Eine Post, Lieferdienste, eine Touristeninformation, das Bürgerbüro mit Sprechstunden bei Bürgermeister*innen, eine Reinigung, Banken, Sparkassen und ärztlichen Zweigpraxen ergänzen das Angebot.

Wo es schon klappt

Todenbüttel: Im „MarktTreff Todenbüttel“ und an vielen weiteren Standorten in Schleswig-Holstein werden lokale Angebote gebündelt, von Blumen über Lebensmittel bis zum Treffpunkt. Möglich wird das mit Fördermitteln von Europäischer-, Bundes- und Landesebene.

2.11 Räume für die Zukunft schaffen

Gute Bildung braucht Räume, die Lernen, Begegnung und Selbstständigkeit fördern. In Niedersachsen stehen viele Schulgebäude vor einem Sanierungsstau, Schulwege sind oft unsicher und digitale Infrastruktur uneinheitlich. Gleichzeitig entscheiden Erreichbarkeit, Mobilität und soziale Infrastruktur darüber, ob Bildung für alle wirklich zugänglich ist. Wir setzen deshalb auf wohnortnahe Lernorte, sichere Wege, moderne Technik und offene Bildungsräume im Alltag.

- **Wohnortnahe Bildungshäuser aufbauen:** Diese dienen als dezentrale Lern- und Begegnungsorte für die gesamte Gesellschaft.
- **Schulgebäude sanieren:** Wir sanieren konsequent die Schulgebäude. Zugleich werden bestehende Schulgebäude umgenutzt und weiterentwickelt.
- **Flexible Lernräume schaffen:** Projekt- und Gruppenräume, Lernlabore und multifunktionale Flächen sind hier die Hauptbestandteile.
- **Community Gardens aufbauen:** Wir stellen kommunale Flächen bereit, um auf ihnen Community Gardens als generationsübergreifende Lern- und Begegnungsorte einzurichten.

Wo es schon klappt

Berlin: Berlin setzt mit offenen, modularen Schulbauansätzen auf flexible Gebäude, die pädagogische Konzepte aktiv unterstützen. Transparente Planung, Mehrfachnutzung von Räumen und eine Öffnung der Schulen, die in den Stadtteil hineinreicht, ermöglichen Lernen über den Unterricht hinaus und stärken die Verbindung zwischen Schule und Gesellschaft.

Stuttgart: In Stuttgart bringt die Volkshochschule mit quatiernahen Lernorten Bildung direkt in die Stadtbezirke. Bestehende Räume werden multifunktional genutzt für Kurse, Vorträge und Begegnung. Das senkt Zugangsbarrieren und verankert lebenslanges Lernen im Alltag.

2.12 Europäische Förderprogramme

Europäische Förderprogramme sind ein unverzichtbares Instrument, um die Entwicklung unserer Gemeinden voranzutreiben und zukunftsfähige Projekte zu realisieren. Sie bieten zusätzliche Finanzierungsquellen, stärken die regionale Kohäsion und verbessern die Lebensqualität der Bürger*innen. Trotz bürokratischer Hürden und der Notwendigkeit einer Kofinanzierung ermöglichen diese Programme Investitionen in entscheidende Bereiche wie Umweltschutz, Digitalisierung und soziale Inklusion.

- **Regionale Entwicklung vorantreiben:** Wir nutzen diverse europäische Strukturfonds wie den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gezielt, um in die lokale Infrastruktur zu investieren und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Emslandes zu stärken.
- **Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz unterstützen:** Wir unterstützen Investitionen in grüne Infrastruktur, erneuerbare Energien und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel durch europäische Programme wie den EFRE.
- **Innovation und Digitalisierung stärken:** Wir nutzen Europäische Fördermittel wie EFRE, um es der Gemeinde zu ermöglichen, innovative Projekte im Bereich Digitalisierung und neue Technologien zu planen und umzusetzen.

Wo es schon klappt

Region Hannover: Die Landeshauptstadt Hannover hat erfolgreich EU-Mittel aus dem EFRE und REACT-EU für das Programm „Resiliente Innenstädte“ akquiriert, um die Innenstadtentwicklung zu fördern und auf Krisenfolgen zu reagieren. Zudem profitierte die „Zukunftsregion Hannover-Hildesheim“ von EFRE-Mitteln zur Stärkung der Innovationskraft und für Kultur- und Tourismusprojekte.

Heidekreis: Die „Zukunftsregion HeiDefinition“, bestehend aus den Landkreisen Celle, Heidekreis und Uelzen, hat knapp 8 Millionen Euro aus EFRE und ESF+ für Projekte reserviert. Diese Mittel stärken die Innovationskraft, die Anpassungsfähigkeit an neue Herausforderungen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ostfriesland: Die „Zukunftsregion Ostfriesland“ nutzt EU-Fördermittel für die Entwicklung eines „Modularen Innovations-Netzwerks“ (MOIN), das digitale Lösungen für Dienstleistungen, Mobilität und Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum vorantreibt. Auch LEADER-Regionen wie die „LAG Mittleres Ostfriesland“ setzen EU-Mittel für die ländliche Entwicklung ein, beispielsweise für Projekte wie den „Dorfgarten an der Mühle“.

Kreis Cuxhaven: Projekte im Kreis Cuxhaven profitieren von ELER-Mitteln für den Erhalt und die Entwicklung der biologischen Vielfalt, wie den Einsatz von Spezialmaschinen für Moor- und Heidelandschaften. Zusätzlich wurden REACT-EU-Mittel für städtische Projekte in Cuxhaven genutzt, etwa im Bereich Kultur und Tourismus oder zur Entwicklung „blau-grüner Infrastruktur“.

Braunschweig: Die Stadt Braunschweig hat EFRE-Mittel für das „EU-Förderprogramm Westbahnhof“ eingesetzt, um das Umfeld des ehemaligen Westbahnhofs zu revitalisieren. Dadurch wurde die Infrastruktur verbessert und Grün- und Erholungsflächen sowie soziale Einrichtungen wie Jugendplätze und Mehrgenerationenparks geschaffen.

3 Gemeinschaft und Gleichberechtigung

3.1 Sicherheit und Ordnung stärken

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis. Alle Menschen wollen sich wohl und geschützt fühlen – auf dem Heimweg, an der Haltestelle, bei Veranstaltungen oder online. Dabei spielt es keine Rolle, welches Geschlecht sie haben, woher sie kommen oder in welcher Lebenslage sie sind. Städte und Gemeinden haben viele Möglichkeiten, ein sicheres, freundliches Umfeld und starken gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gestalten.

Sicherheit gelingt durch ein Zusammenspiel von Prävention, urbaner Lebensqualität, Teilhabe und technischer Modernisierung, nicht durch reine Kontrolle. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, wirtschaftliche Perspektiven und das Familienumfeld haben eine besondere Rolle, um Vandalismus, Jugendkriminalität und Extremismus vorzubeugen. Wir setzen daher auf abgestimmte Prävention und technische Modernisierung und erhöhen damit die öffentliche Sicherheit, auch im Hinblick auf Verkehrsdelikte und den Katastrophenschutz.

- **Sichere öffentliche Räume schaffen:** Besser beleuchtete, gestaltete und begrünte Parks, Plätze und Wege erhöhen das Sicherheitsgefühl und senken Risiken.
- **Katastrophenschutz und Krisenmanagement modernisieren:** Digitale Leitstellen, aktuelle Notfallpläne und moderne Ausstattung für Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz retten im Ernstfall Leben.
- **Gewalt und Extremismus vorbeugen:** Mehr kommunale Beratungsstellen gegen Radikalisierung, Mobbing und Gewalt sowie präventive Streetwork-Angebote bieten Unterstützung und adressieren Probleme, bevor sie ausarten.
- **Gefährdete Gruppen besser schützen:** Unabhängige Meldestellen für sexuelle Belästigung und Diskriminierung werden eingerichtet, Nachttaxis gefördert und der Ausstieg zwischen Haltestellen ermöglicht. Schutzwohnung und Notunterkünfte für Opfer von Gewalt werden ausgebaut, Vereine, die sichere Räume schaffen, gefördert und „Housing First“-Projekte für obdachlose Menschen in der Stadt umgesetzt. Antisemitismus und Rassismus werden streng geahndet.
- **Krisen und Notfälle gut vorbereiten:** Notfallpläne für verschiedene Krisen werden erarbeitet, Zuständigkeiten klar verteilt und Handlungsketten definiert. Sirenen, Warnapps, digitale Anzeigetafeln und öffentliches WLAN mit integriertem Warnsystem sichern die Kommunikation mit der Bevölkerung. Smarte Stromnetze und Notstromsysteme sichern die Versorgung auch im Notfall.

- **Zusammenhalt stärken:** Wir richten eine Expert*innengruppe gegen Hasskriminalität ein. Diese besteht aus Vertreter*innen der Polizei, Bildungseinrichtungen und Sozialarbeit. Diese fördert Projekte gegen Rassismus, Extremismus und Gewalt. Antidiskriminierungstrainings für Behörden stärken den Respekt im Umgang und Vertrauen in die Institutionen.

Wo es schon klappt

Hamburg: Die Kampagne „Hinsehen statt Wegschauen“ setzt sich für mehr Zivilcourage ein.

Nürnberg: Ein Kompetenzzentrum bündelt Maßnahmen gegen Extremismus und für präventives Streetwork.

Mainz: Zentrale Haltestellen bekommen Notrufterminals, mit denen per Knopfdruck Hilfe gerufen werden kann.

Münster: Intelligente Straßenbeleuchtung hellt sich bei Bewegung auf.

Wiesbaden: Digitale Infotafeln warnen vor Extremwetter.

Dresden: Eigene Cyber-Sicherheitsnetzwerke schützen die Energieversorgung.

Berlin: Städtische Mitarbeitende erhalten Antidiskriminierungstrainings.

Mannheim: Mit der Initiative „Mannheim sagt Ja!“ arbeiten Polizei, Verwaltung und Bürger*innen zusammen, um Vielfalt und Respekt zu fördern.

Freiburg: Die Fahrradpolizei sorgt für Sicherheit und spricht direkt mit den Menschen.

3.2 Gesundheitsversorgung vor Ort sichern

Gesundheit ist ein öffentliches Gut. Ein durchdachtes Versorgungskonzept gewährleistet eine gute und bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle, unabhängig von Wohnort, Alter, Herkunft oder Einkommen. Präventionsprogramme für physische und psychische Gesundheit wirken sich direkt auf die Lebensqualität, Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Menschen und der Gemeinde aus.

Wir wollen die Gesundheitsversorgung im Emsland als modernes, vernetztes System weiterentwickeln, in dem Krankenhäuser, ambulante Versorgung, Pflege und digitale Angebote ganzheitlich zusammengedacht werden. Ziel ist eine qualitativ hochwertige, gut erreichbare und verlässliche medizinische Versorgung in allen Teilen des Landkreises.

Dafür setzen wir auf eine enge und koordinierte Zusammenarbeit aller Gesundheitsakteure, eine sinnvolle Spezialisierung der Krankenhausstandorte sowie eine konsequente digitale und sektorenübergreifende Vernetzung der Versorgungssysteme. So entsteht eine effizient organisierte, patientenorientierte Gesundheitsstruktur, die Qualität sichert und Ressourcen gezielt einsetzt.

- **Krankenhäuser und Versorgungsangebote zukunftsfähig aufstellen:** Mit modernisierten Krankenhausstrukturen, mit sektorenübergreifender Zusammenarbeit und dem Ausbau spezialisierter Tageskliniken schaffen wir ein stabiles Versorgungsnetz, das flexibel, effizient und nah an den Menschen ist.
- **Telemedizin und Digitalisierung ausbauen:** Ob digitale Sprechstunde, Patientenakte oder Fachkonsil per Video, digitale Gesundheitsangebote erleichtern den Zugang zur medizinischen Versorgung, besonders in ländlichen Regionen. Wir entwickeln eine digitale Infrastruktur, die sicher, patientenfreundlich und zukunftsorientiert ist.
- **Innovative Versorgungsmodelle fördern:** Wir richten medizinische Versorgungszentren als ambulante Einrichtungen, bei denen mehrere Fachrichtungen an einem Ort zusammenarbeiten, ein. Zusätzlich sorgen wir für mobile Arztpraxen, vor allem für ländliche und unterversorgte Regionen.

Wo es schon klappt

Niedersachsen: Das Land Niedersachsen fördert Gesundheitsregionen.

Fürstentum Fürstentum: Vernetzte Notfallversorgung verbessert die Gesundheitsversorgung.

Würzburg: Die „Gesundheitsregion plus“ legt den Fokus auf die psychische Gesundheit.

Augsburg: Kostenlose Sport- und Bewegungsangebote im Stadtgebiet geben der Bevölkerung Bewegungsanlässe.

Wolfenbüttel: Mobile Arztpraxen gewährleisten die medizinische Versorgung in ländlichen Regionen.

Erlangen: Universitäts- und kommunale Kliniken kooperieren miteinander.

Wien, Österreich: Der Wiener Gesundheitsverbund zeigt, wie Krankenhäuser gemeinsam effizient und patientenfreundlich arbeiten können.

3.3 Bürgerbeteiligung

Demokratie lebt vom Mitmachen. Städte und Gemeinden werden stärker, gerechter und lebenswerter, wenn die Menschen vor Ort ihre Ideen und Anliegen einbringen können. Darum beteiligen wir Bürger*innen konsequent an kommunalen Entscheidungsprozessen. Für eine lebendige, offene und zukunftsgerichtete Kommunalpolitik, die Bürger*innen nicht nur anhört, sondern aktiv einbindet. Gemeinsam gestalten wir unsere Gemeinde so, wie wir darin leben wollen.

- **Mehr Bürgerdialog und Transparenz schaffen:** Wir werden politische Entscheidungen verständlich und nachvollziehbar gestalten. Deshalb führen wir regelmäßige Bürgerversammlungen, Stadtteilkonferenzen und digitale Bürgerdialoge ein.

- **Bürger*innen über Projekte mitentscheiden lassen:** Wir ermöglichen Bürger*innenhaushalte und Bürger*innenentscheide zu wichtigen Themen. Mit einem kommunalen Beteiligungsbudget und Online-Abstimmungen schaffen wir neue Wege, wie Einwohner*innen Projekte für ihre Stadt oder ihr Viertel mitgestalten können. So entstehen Parks, Begegnungsorte und Kulturprojekte aus der Mitte der Gesellschaft.

Wo es schon klappt

Aachen: Beim Vorreiter als einem der ersten dauerhaft etablierten Bürger*innenräte auf kommunaler Ebene in Deutschland beraten zufällig geloste Bürger*innen über Themen, die von der Bevölkerung vorgeschlagen werden, und erarbeiten Empfehlungen, die in politische Prozesse einfließen.

Reykjavík (Island): „Better Reykjavík“ ist eine Online-Plattform, auf der Bürger*innen Vorschläge machen und über städtische Projekte abstimmen können.

Warschau (Polen): Warschau stellt ein Bürger*innenbudget zur Verfügung, mit dem inzwischen mehr als 4500 Ideen umgesetzt wurden.

3.4 Kinderfreundliches Emsland

Kinder und Jugendliche sind nicht nur die Zukunft des Emslandes, sie sind auch heute ein wichtiger Teil der Gesellschaft. Mit gezielten Maßnahmen und kreativen Beteiligungsformaten schaffen wir lebenswerte Orte für junge Menschen und Familien.

- **Bildung und Betreuung für alle sichern:** Kostenlose Kita-Plätze, ganztägige Betreuung und moderne Schulen ermöglichen allen Kindern gleiche Chancen, die unabhängig von Herkunft und Geldbeutel sind. Frühkindliche Bildung, digitale Ausstattung und kostenfreie, gesunde Mahlzeiten in Kitas und Schulen verbessern die Perspektiven für alle.
- **Sicheres und kinderfreundliches Emsland gestalten:** Verkehrsberuhigte Zonen, sichere Fuß- und Radwege sowie modernisierte Spielplätze und Jugendzentren schaffen Freiräume und Bewegungsmöglichkeiten. Kostenfreie Schwimm- und Sportangebote sowie inklusive Freizeitflächen sorgen für ein gutes Aufwachsen.
- **Freizeit-, Kultur- und Sportangebote ausbauen:** Offene Jugendtreffs, kreative Workshops, Theater- und Ferienprojekte stärken Selbstvertrauen, Gemeinschaft und Teilhabe. Jugendkulturveranstaltungen, Graffiti-Wände und selbstverwaltete Freiräume fördern Kreativität und jugendliches Engagement.
- **Gesundheit und Wohlbefinden fördern:** Niedrigschwellige Beratungsstellen, Schulsozialarbeit und Präventionsprogramme sichern frühzeitige Hilfe bei Krisen, Mobbing und Stress. Öffentliche Bewegungsangebote und Ernährungsprojekte stärken die körperliche und seelische Gesundheit.

Wo es schon klappt

Dormagen: Die Stadt Dormagen begegnet Kinderarmut seit Jahren mit effektiven Präventionsmaßnahmen. Diese zeichnen sich nicht nur durch eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, sondern auch durch messbaren Erfolg und langfristig geringere Folgekosten aus.

3.5 Inklusion, Integration und gesellschaftliche Teilhabe

Wir wollen ein Emsland, in dem jeder Mensch sich wohl fühlen kann. Deshalb bauen wir Barrieren ab, damit alle Menschen am gesellschaftlichen Leben und am Alltag teilhaben können.

- **Integration vor Ort stärken:** Kommunale Integrationsbeauftragte, interkulturelle Begegnungsstätten und Beratungsstellen sorgen für schnelle Unterstützung und echten Austausch. Weiterhin werden Sprach- und Bildungsangebote ausgebaut.
- **Soziale Teilhabe für alle sichern:** Kostenfreie Kultur-, Sport- und Freizeitangebote für Kinder und einkommensschwache Familien. Projekte gegen soziale Isolation und Armut werden gezielt gefördert.
- **Mitbestimmung und Beteiligung ermöglichen:** Migrations- und Inklusionsbeiräte sowie Beteiligungsformate für benachteiligte Gruppen schaffen Raum für Mitsprache. Ihre Perspektiven fließen systematisch in kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse ein.
- **Vielfalt in der Verwaltung fördern:** Diversitäts-Strategien erhöhen den Anteil von Menschen mit Migrations- und Behinderungserfahrung in Verwaltungen und kommunalen Gremien deutlich. Durch Zeichnen der Charter der Vielfalt erhält das Emsland Unterstützung und Verbindlichkeit.
- **Barrierefreiheit konsequent umsetzen:** Öffentliche Gebäude, Straßen, Plätze und digitale Verwaltungsangebote werden schrittweise barrierefrei gestaltet. Dazu entwickeln wir einen verbindlichen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.
- **Sichtbarkeit fördern:** Diversitäts- und Anti-Diskriminierungs-Strategien erhöhen die Sichtbarkeit marginalisierter Gruppen. Niedrigschwellige Vernetzungsangebote, wie FLINTA* Treffs, schaffen sichere Räume und fördern Einbringungsmöglichkeiten. Damit stärken wir die Repräsentanz marginalisierter Gruppen in der Gesellschaft und setzen uns gegen Diskriminierung ein.

Wo es schon klappt

Erlangen: Erlangen stellt umfangreiche Informationen und Beratungsangebote zur Barrierefreiheit in der Stadt zur Verfügung.

Barcelona (Spanien): Barcelona hat das Netzwerk „Barcelona Inclusiva“ für umfassende Inklusionspolitik mit inzwischen mehr als 900 Beteiligten Einrichtungen geschaffen.

3.6 In Würde altern

Eine altersfreundliche Kommune ist eine lebenswerte Kommune für alle Generationen. Der Anteil älterer Menschen steigt und damit auch der Bedarf an altersgerechtem Wohnraum, medizinischer Versorgung, Pflege und Mobilität. Um ein Altern in Würde in unserer Gemeinde zu ermöglichen, fördern wir außerdem soziale Einbindung und die gesellschaftliche und digitale Teilhabe von Senior*innen.

- **Ambulante und stationäre Pflegeangebote stärken:** Beratungsangebote für Pflegebedürftige stärken die Selbstbestimmung im Alter. Wohnortnahe Pflegeplätze, mobile Pflegedienste, Tagespflegestellen und Entlastungsprogramme für pflegende Angehörige werden ausgebaut und reduzieren unbezahlte Carearbeit.
- **Seniorengerechte Mobilität ermöglichen:** Barrierefreie Haltestellen, eine bessere ÖPNV-Anbindung, vergünstigte Seniorentickets und flexible Mobilitätsangebote wie Bürger*innen- und Rufbusse sichern Mobilität und Teilhabe im Alter.
- **Freizeit, Kultur und Ehrenamt unterstützen:** Kommunale Programme, die Seniorensport, Kulturangebote, generationenübergreifende Projekte und ehrenamtliches Engagement stärken, erhalten besondere Förderung.
- **Mitbestimmung sichern:** Kommunale Seniorenvertretungen, Seniorenbeiräte und regelmäßige Bürgerdialoge zu altersrelevanten Themen gewährleisten, dass ältere Menschen bei Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, mitreden können.

Wo es schon klappt

Hannover: Es gibt ein Förderprogramm für Mehrgenerationenhäuser vom Land Niedersachsen.

Erlangen: Das Quartiersprojekt „Wohnen, Leben und Älterwerden“ mit Pflegestützpunkten und Begegnungsstätten fördert altersgerechtes Wohnen.

Morbach (Rheinland-Pfalz): Mit einem Senior*innenbus werden ältere Menschen bei Arztbesuchen, Einkäufen und Freizeitfahrten im ländlichen Raum unterstützt.

4 Bildung, Kultur und Sport

4.1 Moderne Schule

Gute Bildung braucht verlässliche Begleitung, frühzeitige Förderung und Unterstützung in allen Bereichen des Systems. Deshalb stärken wir Schulsozialarbeit, nutzen die Expertise gemeinnütziger Organisationen und begleiten Bildungsbiografien kontinuierlich. Unser Ziel ist, dass kein Kind verloren geht, unabhängig von Herkunft, Wohnort oder sozialer Lage.

Gute Bildung entsteht nicht durch mehr Unterricht, sondern durch sinnvolle Lernzeit. Der Ganzttag ermöglicht Kindern und Jugendlichen, selbstständig zu lernen, soziale Erfahrungen zu machen und eigene Interessen entwickeln zu können. Gleichzeitig endet Bildung nicht an der Klassenzimmertür. Externe Lernorte verbinden Wissen mit Realität und machen Lernen lebendig, relevant und demokratisch erfahrbar.

- **Sozialpädagogische Betreuung gewährleisten:** Jede Schule sollte, unabhängig von Schulart oder Größe, über mindestens eine*n Schulsozialarbeiter*in verfügen.
- **Fachkräfte gezielt anwerben:** Fachkräfte mit Fremdsprachenkenntnissen werben wir an. Dadurch verbessern wir Kommunikation mit Eltern und die Integration.
- **Qualifizierte Ehrenamtliche einbinden:** Insbesondere soll dies in der Elternarbeit und interkulturellen Vermittlung geschehen.
- **Gemeinnützige Organisationen einbinden:** Die systematische Einbindung dieser Organisationen bringt erprobte, evidenzbasierte Bildungs-, Förder- und Präventionsprogramme mit ein.
- **Zentrale kommunalen Anlaufstelle aufbauen:** Diese Anlaufstelle im Bildungsmanagement vernetzt Kitas, Schulen und gemeinnützige Träger.
- **Externe Programme nutzen:** Diese ergänzen das Bildungsangebot ohne zusätzliche kommunale Kosten.
- **DSGVO-konforme digitale Lernendenakte einführen:** Diese begleitet die gesamte Bildungsbiografie ab der Kita und gewährleistet nahtlose Übergänge zwischen Bildungseinrichtungen, ohne dass Informationen verloren gehen. Ab einem Alter von 16 Jahren kann die Lernendenakte selbstbestimmt genutzt werden, z. B. für Bewerbungen und Bildungswege.
- **Förderbedarfe frühzeitig erkennen:** Dazu soll die Zusammenarbeit von Lehrkräften, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und weiteren Fachstellen verbessert werden.

- **Räume für selbstbestimmtes Lernen schaffen:** Der Ganzttag schafft Räume für selbstbestimmtes Lernen im eigenen Tempo. Dabei wird auf konventionellen Unterricht im Ganzttag an Grund- und weiterführenden Schulen verzichtet.
- **Kooperationen mit externen Partnern vorantreiben:** Systematisch binden wir externe Lernorte in den Bildungsalltag ein. Außerdem fördern wir Kooperationen mit lokalen Betrieben, Vereinen, Initiativen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen.

Wo es schon klappt

Sachsen-Anhalt: Hier zeigt das landesweite Programm „Schulerfolg sichern“, dass durch den systematischen Ausbau der Schulsozialarbeit an vielen Standorten nicht nur Unterstützungsangebote erweitert, sondern auch Netzwerke zwischen Schulen, Jugendhilfe und Sozialarbeit geschaffen werden, die Schulklima und Prävention gegen Abbruch stärken. Die wissenschaftliche Begleitung weist messbare Erfolge in der Schulsozialarbeit aus und betont ihren Wert für Prävention und Förderung des schulischen Erfolgs.

Bildungskommune Kreis Lippe: Der „Bildungskompass Lippe“ vernetzt Kitas, Schulen, Jugendhilfe, Verwaltung und zivilgesellschaftliche Akteure systematisch. Dadurch entstehen transparente Bildungsangebote, Kooperationen und abgestimmte Fördermaßnahmen, die Kindern und Jugendlichen flächendeckend zugutekommen.

Estland: Estland nutzt durchgängige digitale Bildungs- und Lernendendaten, die Übergänge zwischen Bildungseinrichtungen erleichtern und individuelle Förderung ermöglichen. Lehrkräfte, Fachkräfte und Schulen greifen datengestützt auf Bildungsbiografien zu, um Lernwege gezielt zu begleiten.

Alemannenschule Wutöschingen (Baden-Württemberg): Diese Schule arbeitet mit einem selbstgesteuerten Lernmodell ohne klassische Klassenräume, Stundenpläne oder Frontalunterricht. Lernende wählen Inhalte und Tempo selbst, verbunden mit digitaler Unterstützung. Das Konzept wurde mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet und zeigt, wie individualisiertes Lernen erfolgreich gestaltet werden kann.

Projekt „Herausforderung“: An Schulen in Deutschland gehen Schülerinnen und Schüler für mehrere Wochen aus dem gewohnten Schulalltag heraus, um selbstgewählte Projekte zu planen und durchzuführen. Diese Form des außerschulischen Lernens fördert soziale Kompetenzen, Selbstverantwortung und gemeinsames Problemlösen in realen Kontexten.

Integrative Nutzung externer Lernorte: Mehrtägige Projektwochen an externen Lernorten (z. B. in der Natur oder lokalen Einrichtungen) werden erfolgreich eingesetzt, um Themen intensiv und praxisnah zu bearbeiten und fachübergreifendes Arbeiten zu ermöglichen.

Projektbasiertes Lernen international: Schulen im Ausland, z. B. die „Think Global School“ oder andere projektbasierte Lernmodelle, arbeiten regelmäßig mit realen Themen und externen Partnern zusammen, um Lernen an gesellschaftliche Herausforderungen anzubinden und Schüler*innen tiefere Erfahrungen zu ermöglichen.

4.2 Förderung von Kultur und Ehrenamt

Kulturelle Vielfalt, Vereinsleben und ehrenamtliches Engagement sind das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts, gerade in ländlichen Regionen. Um dieses zu erhalten, brauchen wir eine moderne, zukunftsfähige Kultur- und Ehrenamtsstrategie.

- **Kommunale Kulturförderung ausbauen:** Transparente, faire und dauerhaft gesicherte Förderprogramme ermöglichen lokale Kulturprojekte. Davon profitieren Theater, Musikschulen, Stadtbibliotheken und Festivals.
- **Ehrenamt stärken und digital vernetzen:** Kommunale Ehrenamtszentren, digitale Freiwilligenbörsen und Anerkennungsprogramme wie Ehrenamtskarten und Ehrenamtsfestivals machen Engagement sichtbar und attraktiv.
- **Kultur- und Vereinshäuser erhalten und modernisieren:** Bürgerhäuser, Sportstätten und Jugendzentren werden saniert und digitalisiert, barrierefrei und multifunktional.

Wo es schon klappt

Hannover: Hannover war im Jahr 2025 Kulturhauptstadt.

Würzburg: Das alte Bürgerbräu-Areal wird nun als Kultur- und Kreativzentrum genutzt.

Niederrachsen: Eine Ehrenamtskarte schafft Vergünstigungen für Engagierte.

Linz (Österreich): Der Kulturentwicklungsplan 2030 formuliert Ziele für Teilhabe, Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

4.3 Bewegung, Begegnung und Lebensqualität

Sport ist nicht nur Bewegung, sondern Begegnung, Bildung und Beteiligung. Investitionen in unsere kommunalen Sport- und Freizeitangebote wirken sich daher direkt auf Lebensqualität, Gesundheit und sozialen Zusammenhalt im Emsland aus. Dabei denken wir ökologische Aspekte und Barrierefreiheit konsequent mit und schaffen vielfältige, nachhaltige Freizeitmöglichkeiten für alle.

- **Sport- und Freizeitanlagen sanieren und ausbauen:** Kommunale Sportstätten, Schwimmbäder, Bolzplätze, Skateparks und Freizeitflächen werden erhalten und modernisiert.
- **Vereinssport stärken:** Sportvereine, insbesondere im Kinder-, Jugend- und Integrationsbereich, werden finanziell und organisatorisch unterstützt.
- **Digitalisierung nutzen:** Digitale Sportangebote, Onlinebuchungssysteme für Sportstätten, digitale Treffpunkte und Livestreaming lokaler Sportevents werden gefördert.

5 Digitalisierung

5.1 Digitale Transformation

Die digitale Transformation des Emslandes ist für uns kein nebensächliches Randthema, sondern eine zentrale Zukunftsaufgabe. Die Verwaltung des Emslandes muss trotz des Fachkräftemangels, des demografischen Wandels und der zunehmenden gesellschaftlichen Herausforderungen für unsere Bürger*innen besser funktionieren.

- **Rahmenstrategie Digitalisierung erarbeiten:** Wir verstärken den digitalen Wandel in der Kreisverwaltung, sodass im Jahr 2030 alle regionalen Arbeitsbereiche umfassend durch digitale Technologien unterstützt werden. Die Strategie wird gemeinsam mit Vertretern der Behörden und demokratischen Parteien erarbeitet, um eine langfristige Verbindlichkeit zu erreichen.
- **Prozesse optimieren:** Die Verwaltungsprozesse sollen vor der Digitalisierung gründlich analysiert und ggf. effektiver und effizienter gestaltet werden. Ziel ist es, dass bei der Digitalisierung eine qualitative Verbesserung erreicht wird.
- **Etablierte und offene Standards verwenden:** Die Verwaltungen aller Kommunen sollen auf etablierte und offene Standards setzen, um eine umfassende digitale Vernetzung zu ermöglichen.
- **Informationssicherheit gewährleisten:** Die Informationssicherheit in der Verwaltung gewährleistet die Integrität und Verfügbarkeit von Daten und Informationen. Dafür wird die Verwaltung ein Informationssicherheits-Management-System einführen. Durch die Umsetzung weiterer Vorschriften und Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik soll die Informationssicherheit in der Verwaltung weiter gestärkt werden.
- **Kommunale IT-Infrastruktur überprüfen:** Eine detaillierte Überprüfung sämtlicher kommunaler IT-Infrastruktur (inklusive IT-, Datenschutz-, Sicherheitsmanagement) zeigt Erfolge und Risiken auf. Diese Bestandsaufnahme fließt in die Umsetzungsplanung der Rahmenstrategie Digitalisierung ein.
- **Die Bürgerschnittstelle digitalisieren:** Die Bürgerschnittstelle zur Verwaltung wird vollständig digitalisiert, um den Bürger*innen eine einfache und schnelle Kommunikation mit der Verwaltung zu ermöglichen.
- **Schnelle und digitale Bearbeitung von Sozialleistungen:** Sozialleistungen wie das Elterngeld müssen für Bürger*innen schnell, verlässlich und unbürokratisch verfügbar sein. Wir setzen uns daher für eine vollständig digitale, standardisierte und effizient organisierte Bearbeitung von Anträgen ein. Ziel

ist eine deutlich verkürzte Bearbeitungszeit auf wenige Wochen durch durchgängige digitale Prozesse, klare Service-Standards und eine bessere technische und organisatorische Vernetzung der zuständigen Stellen.

Wo es schon klappt

Frankfurt am Main: Im Jahr 2024 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main eine „Rahmenstrategie Digitalisierung“ verabschiedet und damit einen klaren Kompass für die Digitalisierung der Stadt beschlossen. Diese Strategie sieht eine Intensivierung des digitalen Wandels in der Stadtverwaltung vor. Im Jahr 2030 sollen alle städtischen Arbeitsbereiche umfassend durch digitale Technologien unterstützt werden.

Lübeck: Die Hansestadt Lübeck hat den Entwurf zur Fortschreibung der Digitalen Strategie der Stadtgesellschaft zur Verfügung gestellt, um Inhalte gemeinsam weiterzuentwickeln. Bürger*innen konnten dadurch Politik und Verwaltung mit Ideen unterstützen und den Entscheidungsprozess aktiv mitgestalten. Ziel ist es, den Dialog zu fördern, die digitale Transformation verständlich zu machen und alle gesellschaftlichen Gruppen einzubeziehen.

5.2 Funktionsfähige Schul-IT gewährleisten

Eine funktionsfähige IT-Ausstattung ist eine essenzielle Voraussetzung für einen modernen Schulbetrieb.

- **IT-Support professionalisieren:** Schulen sollen zusammenarbeiten und einen professionellen IT-Support organisieren. Durch Standardisierung und Remote Support entstehen positive Effekte, wobei die IT-Sicherheit gewährleistet bleibt.
- **IT-Fähigkeiten in der Schülerschaft fördern:** Wir bilden eine Arbeitsgruppe IT-Support. Dabei unterstützen Schüler*innen unter Anleitung von Profis den IT-Betrieb. Dadurch bauen sie ihre IT-Fähigkeiten aus.
- **IT-Ausbildung für Lehrende organisieren:** Schulungen für Lehrende sorgen dafür, dass die digitalen Angebote optimal genutzt werden können.

Wo es schon klappt

Landkreis Vechta: Das Support-Team Schul-IT des Medienkompetenzzentrums Vechta gewährleistet die Funktionsfähigkeit der IT-Infrastruktur an den 56 Grund- und weiterbildenden Schulen in öffentlicher Trägerschaft.

5.3 Einführung eines Rats-Informationssystem

Eine transparente Arbeit des Rates und seiner Gremien erzeugt Vertrauen bei der Bevölkerung. Hierbei ist es wichtig, dass nicht nur die Termine bekannt sind, sondern auch über Inhalte, die getroffenen Beschlüsse sowie deren Umsetzungsstand informiert wird.

- **Rats- und Informationssystem einführen:** Ein Rats- und Informationssystem schafft volle Transparenz über die Arbeit der Verwaltung und der Politik. Eine Recherchefunktion ermöglicht die Suche nach Personen, Sitzungen, Stichworten oder Daten. Darüber hinaus gibt es eine Sitzungs- und Vorlagenübersicht mit den jeweiligen Sitzungsunterlagen sowie einen Bearbeitungsstatus.
- **Datenpflege konsequent gewährleisten:** Alle Beteiligten von den gewählten Vertretern bis zu den Mitarbeitenden der Verwaltung werden zu verbindlichen Regeln zur Datenpflege verpflichtet bzw. bestehende Verpflichtungen nachdrücklich eingefordert.

Wo es schon klappt

Bonn: Bonn informiert in ihrem Rats- und Informationssystem transparent über alle Termine, Gremien, Beschlüsse sowie deren Umsetzungsstatus.

Goslar: Die Stadt Goslar hat ein umfangreiches Rats- und Informationssystem umgesetzt.